

Liebe Leserinnen und Leser,

der Krieg Putins gegen die Ukraine ist unerträglich! Nachrichten von den Gräueltaten in Butscha, die Einkesselung des Stahlwerks in Mariupol oder die gezielten Angriffe auf ukrainische Getreidesilos, -Schiffe sowie landwirtschaftliche Flächen machen fassungslos und wütend. Europa und seine Verbündeten müssen mit aller Konsequenz weiter Druck machen.



So hat die EU-Kommission am Mittwoch einen Vorschlag für ein sechstes Sanktionspaket vorgelegt. Das ist richtig und wichtig. Ein Öl-Embargo wird auch uns treffen. Aber Putins Krieg scheint nicht nur von langer Hand vorbereitet, sondern auch durchfinanziert zu sein. Umso unverständlicher sind die Einlassungen von Papst Franziskus. Aber auch hier gilt: Hinterfrage jede Nachricht, bevor du drauflosplapperst. Fake oder echte News? Jedenfalls: Es gibt für mich keinen Spielraum für die Interpretation dieses brutalen Krieges. Nur Putin hat ihn ausgelöst und er muss ihn auch mit allen Mitteln, die wir haben, ausbaden.

Apropos Fake News: Tesla-Chef und Tausendsassa Elon Musk kauft die Social-Media-Plattform Twitter. Während Musk selbst ankündigt, Twitter transparenter zu machen und die Redefreiheit zu stärken, befürchten Kritiker, dass Falschmeldungen zunehmen könnten. Es ist beunruhigend, wenn ein solches Medium wie Twitter in die Hände eines Machtmenschen fällt. Die Macht wird gigantisch werden. Denn so oder so: Musk wird seine Interessen und Ziele mit seinen Unternehmen gnadenlos weiterverfolgen.

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Krieg gegen die Ukraine: 6. Sanktionspaket gegen Russland

Die EU-Kommission hat in der Plenarwoche im Mai ihr sechstes Sanktionspaket gegen Russland vorgelegt. Darin ist ein vollständiges Importverbot für sämtliches russisches Öl enthalten. Demnach sollen russische Rohöllieferungen innerhalb von sechs Monaten und die Einfuhr raffinierter Erzeugnisse bis Ende des Jahres auslaufen. Darüber hinaus soll es auch Strafmaßnahmen gegen weitere russische Banken geben. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte im Plenum an, dass die Sberbank, welche die größte Bank Russlands ist, sowie zwei weitere Institute vom internationalen Finanzkommunikationssystem Swift abgekoppelt werden.

CDU und CSU begrüßten die Ankündigung des Sanktionspaketes. Man muss Putin dort treffen, wo es am meisten weh tut und dies ist der Energiesektor. Das Ölembargo sowie der Swift-Ausschluss der Sberbank sind deshalb der folgerichtige nächste Schritt. Auch wenn das Ölembargo für die EU nicht einfach zu stemmen sein wird, so ist es notwendig, um die Sanktionsschrauben weiter anzuziehen. Jetzt kommt es darauf an, dass die Mitgliedsstaaten besonders solidarisch untereinander sind.

Für CDU/CSU steht dennoch fest, dass dieser brutale Krieg am Boden entschieden wird. Umso wichtiger ist es, sich ein Bild vor Ort zu machen. Die Reise des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz nach Kiew war deshalb das richtige Signal.

Krieg gegen die Ukraine

„Vor etwa 10 Wochen hat Russlands brutaler Überfall auf die Ukraine begonnen, der Europa und die Weltpolitik in Rekordzeit nachhaltig verändert hat. Der Krieg ist zurück in Europa. In vorher kaum vorstellbarer Einigkeit haben die EU und der Westen große Solidarität mit der Ukraine gezeigt, Millionen Flüchtlinge aufgenommen und gezielte Sanktionen gegen Putins verbrecherisches Regime ergriffen. Die Ukrainerinnen und Ukrainer verteidigen ihr Land heldenhaft. Deutschland und andere merken schmerzhaft, wie falsch die eigene Russlandpolitik in den letzten Jahren war. Zuletzt hat die russische Entscheidung, Polen und Bulgarien vom russischen Gas abzukoppeln, für eine weitere Eskalation zwischen der EU und Moskau gesorgt.“

Die Auswirkungen dieses Kriegs werden uns noch lange beschäftigen. Diese Woche debattierte das Europaparlament unter anderem mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mario Draghi, der eine Einladung des Europäischen Parlaments zur Debatte angenommen hatte. Dabei stand die Situation in der Ukraine im Mittelpunkt und auch die Frage, inwieweit und wie lang Europa auf Gaslieferungen aus Russland angewiesen sein wird. Italien hat dabei ganz ähnliche Herausforderungen wie Deutschland. Es wäre wünschenswert, wenn sich auch Bundeskanzler Olaf Scholz bald der Debatte im Europäischen Parlament stellen würde. Präsidentin Roberta Metsola hatte den Bundeskanzler bereits eingeladen. Leider zeigt Scholz schon mit seinen Auftritten im Deutschen Bundestag, dass ihm an der Erklärung seiner Politik und der Debatte mit den Abgeordneten nur wenig gelegen ist.“

Hintergrund:

Die Debatte mit dem italienischen Ministerpräsidenten ist am 03.05 von 11h30 bis 13h gewesen. Am nächsten Tag debattierte das Parlament mit Kommissionspräsidentin von der Leyen und Ratspräsident Michel zu den sozioökonomischen Auswirkungen des Ukraine-Kriegs. Diese Debatte hat von 8.30 Uhr bis 11 Uhr stattgefunden.

Aus für Freigabe ökologischer Vorrangflächen

Das Bundeslandwirtschaftsministerium hat eingeräumt, dass die Frist der EU-Kommission zur vorübergehenden Nutzung von ökologischen Vorrangflächen für den Anbau aller Feldfrüchte zur Sicherung der Nahrungsmittelversorgung vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs verstrichen sei und der Beschluss der EU-Kommission vom 23. März 2022 nicht genutzt werde.

Meine Pressemitteilung zum Thema finden sie [hier](#).

„Es ist der aktuellen Lage nicht angemessen“

Die Agrarministerkonferenz konnte sich nicht auf die Freigabe der ökologischen Vorrangflächen einigen. Es ist eine Sünde, wenn wir die Potenziale unserer heimischen Landwirtschaft nicht einmal vorübergehend ausschöpfen.

Meine Pressemitteilung zum Ausgang der Agrarministerkonferenz finden Sie [hier](#).

Statement von Karolin Braunsberger-Reinhold zur Europol-Reform

Das Europaparlament hat am 4. Mai die Reform der EU-Polizeibehörde Europol beschlossen. Dazu erklärte Karolin Braunsberger-Reinhold (CDU), Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres:

„Die Europol-Reform ist ein großer Erfolg für Europas Sicherheit. Europol erhält nun dringend benötigte Kompetenzen, um terroristische Gruppen und kriminelle Netzwerke auch grenzübergreifend sowie im digitalen Raum dingfest zu machen. Die Agentur wird fit für die Zukunft gemacht, um aktuelle und neue Herausforderungen besser bewältigen zu können. Essenziell ist der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten. Denn in einer digitalen, globalisierten Welt machen Kriminelle nicht an Landesgrenzen Halt.

Ein Kernpunkt ist, dass Europol im Kampf gegen die Verbreitung terroristischer Online-Inhalte und gegen Online-Kindesmissbrauch nun auch Daten mit privaten Akteuren austauschen kann. So kann die Strafverfolgung in Zukunft wesentlich effizienter gestaltet werden. Als EVP-Fraktion haben wir uns federführend dafür eingesetzt. Natürlich sind bei der Verarbeitung personenbezogener Daten die Grundrechte zu wahren. Genau aus diesem Grund befindet sich Europol stets in engem Austausch mit dem Europäischen Datenschutzbeauftragten.

Es ist jedoch erschreckend, dass Grüne und Linke aus ideologischen Gründen des Datenschutzes gegen die Stärkung des Europol-Mandats und damit gegen eine effizientere und zeitgemäße Bekämpfung von Internet-Kriminalität aussprechen. Sie haben gegen diese Reform gestimmt. Gerade die in Deutschland regierenden Grünen müssen dringend auch auf EU-Ebene lernen, sicherheitspolitische Verantwortung zu übernehmen. Eine Ablehnung der Reform durch die Grünen im Europaparlament steht auch gegen das Vorhaben des deutschen Koalitionsvertrags, Europol zu stärken. Die Bundesregierung, der die Grünen bekanntlich angehören, stützt deshalb zu Recht die heutige Reform. Wer in Berlin das eine beschließt, aber in Brüssel das andere macht, ist unglaubwürdig.

Eine große Mehrheit für die Reform im Plenum galt als sicher. Europol kann damit der immer komplexeren Bedrohungslage kompetent entgegentreten und noch wirksamer gegen Kindesmissbrauch, organisierte Kriminalität und Geldwäsche vorgehen."

Vorschläge der Kommission gegen missbräuchliche Gerichtsverfahren

Die EU-Kommission legt außerdem Maßnahmen zur Bekämpfung missbräuchlicher Gerichtsverfahren gegen Journalisten und Aktivisten (SLAPPs) vor. Dazu erklärt **Axel Voss** (CDU), rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Es darf in Europa keinen Platz für den Missbrauch unserer Rechtssysteme geben. Die Anzahl unbegründeter Klagen gegen Journalisten und Aktivisten, die zu deren Einschüchterung dienen sollen, hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen, auch grenzüberschreitend.

Unsere demokratischen Werte sind nicht verhandelbar. Unser Ziel muss es deshalb sein, europäische Grundprinzipien wie Pressefreiheit, Meinungsfreiheit und das Recht auf ein faires Verfahren zu stärken.

Diejenigen, die unsere Rechtssysteme missbrauchen, um Journalisten zum Schweigen zu bringen, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Wir fordern deshalb empfindliche Strafen für Initiatoren solcher Klagen. Richter und Staatsanwälte müssen dementsprechend geschult werden, um missbräuchliche Klagen zu erkennen.“

Hintergrund:

SLAPPs (Strategic Lawsuits against Public Participation - Strategische Klagen gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit) sind in ganz Europa zu einem immer größeren Phänomen geworden, das meist grenzüberschreitenden Charakter hat. Die Klagen haben selten einen legitimen Anspruch und sind kaum darauf ausgerichtet, ein günstiges Gerichtsurteil zu erreichen. Stattdessen zielen sie darauf ab, den Beklagten durch langwierige und teure Prozesse zum Schweigen zu bringen.

Chancen und Risiken Künstlicher Intelligenz - Europa muss am Ball bleiben

„Europa muss bei der Festlegung globaler Standards für Künstliche Intelligenz führend werden. Wir müssen alles dafür tun, um den Anschluss an Wettbewerber wie die USA und China nicht zu verpassen. Dafür brauchen wir einen Rechtsrahmen, der hohe ethische Standards und angemessene Haftungsregeln umfasst. Gleichzeitig sollte dem Privatsektor genügend Flexibilität und Rechtssicherheit eingeräumt werden, um neue Geschäftsmodelle entwickeln zu können.

Der Erfolg europäischer Start-ups bei der Entwicklung von Produkten mit Künstlicher Intelligenz wird davon abhängen, ob Verbraucher Vertrauen in die Nutzung dieser Produkte haben. Wenn wir Künstliche Intelligenz europäisch prägen wollen, müssen wir unseren zivilrechtlichen Haftungsrahmen entsprechend anpassen. Die EU sollte einen menschenzentrierten, vertrauenswürdigen Ansatz zu KI, der auf unseren Werten basiert und gleichzeitig nicht überreguliert, verfolgen sowie global fördern.

Dafür müssen wir unsere gesetzgeberischen Prozesse beschleunigen und den Zugang zu Daten verbessern. Ziel muss es sein, den digitalen Binnenmarkt endlich vollständig zu harmonisieren, und eine nachhaltige digitale Infrastruktur mit schneller Konnektivität aufzubauen.“

Hintergrund:

Der Sonderausschuss für Künstliche Intelligenz (AIDA) bekam das Mandat, die Chancen und Risiken der Nutzung von KI in sozial und politisch relevanten Bereichen, wie Gesundheit, Nachhaltigkeit, Wettbewerb, Industrie und Arbeitsmarkt zu analysieren. Hieraus entstanden Empfehlungen an die zuständigen EU Institutionen, um KI ethisch zu nutzen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken.

Statement Alex Voss zur Rolle der EU beim Thema Künstliche Intelligenz

Das Plenum nahm den Abschlussbericht des Sonderausschusses zur Künstlichen Intelligenz im digitalen Zeitalter (AIDA) an. **Axel Voss** (CDU), rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Abschlussberichts erklärt dazu:

„Künstliche Intelligenz wird die Digitalisierung vorantreiben und den globalen digitalen Wettbewerb entscheidend verändern. Wir wollen, dass die EU bei Künstlicher Intelligenz eine führende Rolle übernimmt.

Wir haben jetzt die einmalige Chance, einen menschenzentrierten und vertrauenswürdigen Regulierungsansatz für KI auf der Grundlage der Grundrechte zu fördern, der die Risiken beherrscht und gleichzeitig die Vorteile voll ausschöpft, die KI für die gesamte Gesellschaft bringen kann. Das gilt gerade auch in den Bereichen Gesundheit, Nachhaltigkeit, Arbeitsmarkt, Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit.

Um im Bereich der KI wettbewerbsfähig zu sein, brauchen wir in Europa einen Rechtsrahmen, der Raum für Innovationen lässt. Dafür müssen wir unsere gesetzgeberischen Prozesse beschleunigen und den Zugang zu Daten verbessern. Ziel muss es sein, den digitalen Binnenmarkt endlich vollständig zu harmonisieren und eine nachhaltige digitale Infrastruktur mit schneller Konnektivität aufzubauen.

Wir müssen sicherstellen, dass wir beim digitalen Wandel niemanden zurücklassen und unsere Bürgerinnen und Bürger mit den notwendigen Kenntnissen ausstatten, auch um KI-Talente in der EU zu halten. Dafür müssen wir klare Prioritäten setzen und unsere Kräfte bündeln, um europäische Projekte in dem Bereich zu beschleunigen und umzusetzen.“

Hintergrund:

Der Sonderausschuss wurde im Jahr 2020 eingesetzt, um einen Fahrplan in Reaktion auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen von KI zu erstellen. Im Abschlussbericht wird hervorgehoben, dass die EU rasch handeln muss, um die Chancen der KI-Technologien zu nutzen. Mit der Annahme des Abschlussberichts endet das Mandat des Sonderausschusses.

Statements zur Trilog-Einigung über den Digital Services Act

Die Unterhändler des Europaparlaments und der EU-Mitgliedstaaten haben sich im sog. Trilog auf das Gesetz über Digitale Dienste, den Digital Services Act (DSA) geeinigt. Dazu erklären

Andreas Schwab (CDU), binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Mit harmonisierten Regelungen zur Löschung illegaler Inhalte online, besserer Beaufsichtigung von und durch Plattformen und abschreckenden Sanktionen stellt der DSA das Vertrauen in unsere digitale Umgebung wieder her. Der neue Rechtsrahmen sorgt für ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen den Rechten und Verantwortlichkeiten der Nutzer, der vermittelnden Plattformen und der Behörden und setzt dem Recht des Stärkeren im Internet ein Ende."

Marion Walsmann (CDU), Stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses und Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz:

"Online-Marktplätze werden in Zukunft mehr tun müssen, um die Verbraucherinnen und Verbraucher vor unsicheren Produkten beim Online-Shopping zu schützen. Das nun eingeführte „Kenne deinen Geschäftskunden“-Prinzip, wodurch die Online-Marktplätze dazu verpflichtet werden, die Händler zurückzuverfolgen, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung."

Hintergrund:

Die Vorschriften für die Erbringung digitaler Dienstleistungen in der EU sind seit der Verabschiedung der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr im Jahr 2000 weitgehend unverändert geblieben, während sich die digitalen Technologien und Geschäftsmodelle rasant weiterentwickeln und neue gesellschaftliche Herausforderungen entstehen, wie die Verbreitung von gefälschten Waren, Hassreden und Desinformationen im Internet. Vor diesem Hintergrund legte die Europäische Kommission am 15. Dezember 2020 einen neuen Legislativvorschlag für einen Rechtsakt über digitale Dienste (DSA) vor. Der DSA-Vorschlag ist ein horizontales Instrument, das darauf abzielt, ein sichereres und vertrauenswürdiges Online-Umfeld zu schaffen mit Verpflichtungen für verschiedene Arten von Diensten (z.B. Vermittlungsdienste, Hosting-Dienste, Online-Plattformdienste und sehr große Online-Plattformdienste).

Haushaltsentlastung 2020

„Die demokratische Kontrolle des EU-Haushalts ist eine der Kernkompetenzen des Europäischen Parlaments. Jedes Jahr prüfen wir die Bücher der EU-Kommission und aller übrigen Organe der Europäischen Union, inklusive des Europäischen Parlaments selbst, und ob diese ihre Finanzmittel ordnungsgemäß behandeln. Im Großen und Ganzen haben die Kommission und die zahlreichen EU-Agenturen ihre Gelder 2020 verantwortungsvoll verwaltet und eingesetzt. Zunächst offene Fragen konnten im Verfahren ausgeräumt werden.“

CDU und CSU haben bei 52 von 53 Einzelberichten der Haushaltsentlastung zugestimmt. Nur bei einer EU-Agentur können wir die Entlastung zu diesem Zeitpunkt nicht erteilen: Die EU-Außengrenzschutzagentur Frontex, die eine immens wichtige Arbeit an den europäischen Außengrenzen macht, ist zuletzt mit verschiedenen fragwürdigen internen Vorgängen in die Schlagzeilen geraten. Zudem werden weiterhin Vorwürfe über sogenannte illegale „Pushbacks“ erhoben, die allerdings nicht direkt mit der Haushaltsentlastung in

Verbindung stehen. Leider hat es Frontex bislang nicht vermocht, die für die Entlastung relevanten Vorwürfe zu unserer Zufriedenheit zu entkräften. Das Europäische Parlament wird deshalb für eine Verschiebung der Haushaltsentlastung auf den Herbst 2022 stimmen. Wir setzen darauf, dass Frontex bis dahin die bestehenden Kritikpunkte angehen wird und die Entlastung dann im Herbst erteilt werden kann.“

Statement Hohlmeier zu den Haushaltsentlastungen für das Jahr 2020

Das Europaparlament hat am 4 Mai über die Haushaltsentlastung von insgesamt 53 EU-Institutionen und Agenturen für das Jahr 2020 abgestimmt. Dazu erklärte **Monika Hohlmeier** (CSU), Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses:

„Der Großteil der Europäischen Institutionen und Behörden geben ihre aus Steuergeldern finanzierten Mittel korrekt und sinnvoll aus. Das Parlament hat heute 50 von 53 geprüften Institutionen die Entlastung für das Haushaltsjahr 2020 im ersten Anlauf erteilt.

Enttäuschend ist, dass das Haushaltsentlastungsverfahren von einzelnen Vertretern von S&D, Linken und Grünen zur politischen Profilierung außerhalb der Gesetzgebung genutzt und damit unangemessen politisiert wird. Die Aufgabe des Parlaments ist die Überprüfung des Haushaltsvollzugs, also wie öffentliche Mittel durch die EU-Institutionen ausgegeben und die jeweiligen EU-Projekte konkret durchgeführt wurden. Es geht dabei nicht um persönlichen Ansichten oder ideologischen Vorstellungen einzelner Abgeordneter.

Die Gründe für die heute beschlossene Aufschiebung der Entlastung der EU-Grenzschutzagentur Frontex sind nicht die Berichte über illegale Push-backs an den Grenzen, sondern interne Verfehlungen und weitreichende Führungsprobleme im Haushaltsjahr 2020, die noch nicht ausreichend aufgearbeitet wurden. Das Europäische Parlament sieht die wichtigen Aufgaben von Frontex und wertschätzt die Arbeit der Mitarbeiter der Agentur. Frontex bekommt nun noch einige Monate Zeit, dem Europäischen Parlament weitere Informationen zu den laufenden Verfahren zur Aufarbeitung der 2020 aufgetretenen Probleme vorzulegen, damit die Entlastung dann im Herbst 2022 erteilt werden kann.

Unangemessen politisiert wurde die Entlastung des Europäischen Rechnungshofs. In einer medialen Kampagne wurden gezielt Anschuldigungen über angeblich korrupte Praktiken und Halbwahrheiten zur vermeintlich missbräuchlichen Nutzung öffentlicher Gelder verbreitet. Der Haushaltskontrollausschuss ist diesen Vorwürfen nachgegangen, wobei sich der Rechnungshof jederzeit kooperativ und konstruktiv verhielt und alle angefragten Unterlagen und Auskünfte zur Verfügung stellte. Zudem haben mehrere externe Audits stattgefunden. Ein Missbrauch von Geldern wurde in keiner der Prüfungen festgestellt. Über die Gesetzgebung hinaus war der Rechnungshof bereit, auf zusätzliche Forderungen im Rahmen des Verhaltenskodexes einzugehen und hat entsprechende Reformen bereits umgesetzt. Das Europäische Parlament hat dem Rechnungshof deshalb heute die Entlastung für das Haushaltsjahr 2020 erteilt.

Bedauerlicherweise verdeckt die politisierte Debatte um diese beiden medial diskutierten Fälle die in der Europäischen Union vorhandenen schweren Missbrauchsfälle wie Umsatzsteuerbetrug und Interessenskonflikte. Hierbei handelt es sich um die eigentlichen Probleme, die angegangen werden müssen. Bei diesen Verfehlungen entgehen den Mitgliedstaaten Milliardensummen in zweistelliger Höhe. Der Haushaltskontrollausschuss wird

diese im Rahmen der Novellierung der EU-Haushaltsordnung adressieren. Die Haushaltskontrolle muss ihren Blick auf die wesentlichen Probleme lenken und nicht politisierte Scheindebatten führen."

Statement Düpont (CDU) zu legaler Migration

Zu den Vorschlägen vom 27. April der EU-Kommission für legale Migration erklärt die migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe, **Lena Düpont (CDU)**:

„Unsere Gesellschaft altert rapide, in vielen Bereichen fehlen zunehmend Arbeitskräfte. Auf manchem nationalen Arbeitsmarkt mangelt es nicht nur an Ärzten und IT-Entwicklern, sondern genauso an Krankenschwestern, Kraftfahrern und Handwerkern, deren Bedarf nicht mehr ausschließlich durch einheimische Arbeitskräfte innerhalb der EU gedeckt werden kann. Anpassungen der aktuellen EU-Regeln für legale Zuwanderung sind daher dringend notwendig.

Die heutigen Vorschläge müssen wir nutzen, um den derzeitigen Flickenteppich an Regeln zu beenden und die Wahl eines Arbeitsplatzes in der EU attraktiver zu machen. Wichtig ist, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt nach dem jeweiligen Bedarf effektiv und unbürokratisch sein muss. Auf diese Weise kann gut gesteuerte legale Migration eine Schlüsselkomponente für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand sein. Allerdings nur dann, wenn sie auf die tatsächlichen Bedürfnisse des jeweiligen Arbeitsmarktes reagiert.

Angebot und Nachfrage sind auch für den Arbeitsmarkt das entscheidende Kriterium. Die vorgeschlagenen EU-Talentpools und Talent-Partnerschaften mit Drittstaaten sowie die „EU mobility schemes“ sind dafür das richtige Mittel, müssen jedoch mit Blick für das Detail angegangen werden. Ich begrüße in diesem Zusammenhang ausdrücklich das vorgesehene Pilotprojekt eines Talentpools für temporär Schutzberechtigte aus der Ukraine. Es kann die aufnehmenden Mitgliedstaaten enorm bei Integration und Zugang zum Arbeitsmarkt unterstützen.

Mit Blick auf die weitere Arbeit an den Talent-Partnerschaften für die vorgeschlagenen Drittstaaten muss jedoch klar sein, dass sie auch eindeutige Vorgaben zur wirksamen Rückführung und Rückübernahme der eigenen, nicht aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen enthalten müssen.

Wie immer liegt der Teufel im gesetzgeberischen Detail des Gesamtpakets. Wir werden alle Vorschläge daher genau prüfen, um die Regeln an die Bedürfnisse unseres Arbeitsmarktes anzupassen. Mit den heutigen Vorschlägen kann die parlamentarische Arbeit für eine sinnvoll gestaltete legale Zuwanderung beginnen."

Statement Düpont zum Rücktritt von Frontex-Chef Leggeri

Zum Rücktritt von Frontex-Chef Fabrice Leggeri erklärt **Lena Düpont (CDU)**, Vorsitzende des Frontex-Kontrollgremiums im Europaparlament und migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe:

„Wir nehmen die Entscheidung des Exekutivdirektors zur Kenntnis und rufen alle beteiligten Parteien dazu auf, jetzt für die rasche und reibungslose Arbeitsfähigkeit der Agentur

einzustehen. Angesichts der fundamentalen Rolle von Frontex für den Schutz unserer Außengrenzen und die europäische Sicherheitsarchitektur insgesamt darf dies im Augenblick unser einziges Augenmerk sein.

Der europäische Grenzschutz steht heute mehr denn je vor gewaltigen Aufgaben, unsere Grenz- und Küstenwache gilt es zu stärken und nicht einer politisch motivierten Beliebigkeit preiszugeben. Frontex ist aufgrund der erheblichen Erweiterung seiner Aufgaben und Befugnisse sowie der geopolitisch konfliktbeladenen Situation an unseren Außengrenzen vor größte Herausforderungen gestellt. Diese dürfen nicht auf dem Rücken der Grenzschützer ausgetragen werden, die unter schwierigsten Bedingungen unsere Außengrenze schützen und Menschenleben retten.

Mit dem erweiterten Mandat gehen unweigerlich administrative Schwierigkeiten einher. Hier bedarf es deutlich mehr und klarerer Orientierung durch die Europäische Kommission. Wir werden alle Aspekte der internen Verwaltung und des effektiven Grenzmanagements weiter einer gründlichen parlamentarischen Kontrolle unterziehen.“

Statement Caspary zu Abstimmungen im Handelsausschuss

Der Handelsausschuss des Europaparlaments stimmte über die Positionierung zu Binnenmarkt verzerrenden drittstaatlichen Subvention und über die Trilogieeinigung über das neue Instrument für das internationale Beschaffungswesen (IPI) ab. Dazu erklärt **Daniel Caspary** (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament:

"Die Zeiten, in denen Europa ausschließlich auf die positiven Effekte des Freihandels vertrauen kann, sind Vergangenheit. In zu vielen Fällen haben große Wettbewerber unseren liberalen Handelsansatz ausgenutzt. Das heißt jedoch nicht, dass wir Handel einschränken oder gar einstellen sollten, sondern zuallererst, dass wir unseren handelspolitischen Werkzeugkasten auf Vordermann bringen müssen. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Die heutigen Abstimmungen sind wichtige Schritte zu mehr handelspolitischer Resilienz.

Das Instrument für das Internationale Beschaffungswesen (IPI) wird in wenigen Wochen in Kraft treten. Die zehnjährige Hängepartie ist damit vorbei. Die endgültige Bestätigung durch das gesamte Parlament ist für Juni vorgesehen. Hinsichtlich der Binnenmarkt verzerrenden drittstaatlichen Subventionen ist der heutige Tag der Startschuss für die hoffentlich zügige weitere Arbeit. Der Rat muss seine Positionierung schnellstmöglich beschließen. Ich setzte darauf, dass sowohl die französische als auch die tschechische Präsidentschaft das Dossier schnell vorantreiben.

In Verbindung mit dem geplanten Instrument zur Bekämpfung von Zwangsmaßnahmen stärkt die EU ihren Handlungs- und Gestaltungsspielraum in einem rauen internationalen Handelsumfeld."

Düngemittelpreise - Marlene Mortler: „Landwirte unter Arme greifen!“

„Die Preise für Düngemittel galoppieren davon. Bereits vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine waren diese auf einem hohen Niveau. Nun sind sie abermals um 40 Prozent gestiegen. Das ist eine enorme Belastung für unsere Landwirtinnen und Landwirte“, weiß Marlene Mortler.

Meine Pressemitteilung dazu finden sie [hier](#).

Biosalze: Marlene Mortler spricht sich gegen übertriebene neue EU-Vorschriften aus

Der Agrarausschuss im Europäischen Parlament hat unter anderem auch zu den von der EU-Kommission geplanten Produktionsvorschriften für Öko- und Biosalze diskutiert.

Die vollständige Pressemitteilung finden sie auf meiner [Website](#).

Mein Mittelfranken

Terrior f-Punkt in Mittelfranken

Ab sofort hat auch unser mittelfränkisches Ipsheim seinen terrior f - einen magischen Ort des Frankenweins.

Kürzlich war in den Ipsheimer Weinbergen die Eröffnungsfeier. Es ist der 20. Terrior-F-Punkt und der einzige in Mittelfranken. Neben vielen engagierten Sponsoren hat auch die EU an der Finanzierung des Projekts mitgewirkt. Der mittelfränkische terrior f-Punkt verdient zu recht seinen Namen- der Ort und der Ausblick über die Weinberge ist zauberhaft und wahrhaft magisch. Wir brauchen uns nicht zu verstecken. Der Fränkische Weinbauverband hat sich in den letzten Jahren zusammen mit seinen Winzerinnen und Winzern und der staatlichen Beratung zu wahren Profis entwickelt. Klein, aber fein! Im Westen Mittelfrankens liegt neben Unterfranken der kleinere Teil unseres Weinanbaugebiets.

Politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger vor Ort in Brüssel

Endlich sind Besuche im EU-Parlament in Brüssel und Straßburg wieder möglich. In den vergangenen Wochen konnte ich bereits zahlreiche Bürgerinnen und Bürger aus meiner Heimat in Brüssel und in Straßburg willkommen heißen .

Einblicke zur ersten Besuchergruppe finden Sie [hier](#).

Stabilität, Kontinuität und klarer Kurs - Das war der kleine Parteitag der CSU

Vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen von Corona-Pandemie und Ukraine-Krieg hat unser Parteivorsitzender und Bayerischer Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL eine umfassende Standortbestimmung vorgenommen.

Lesen Sie die Zusammenfassung [hier](#).

Herzensangelegenheiten

Marlene Mortler fordert mehr Aufmerksamkeit für Barrierefreiheit

Vor 30 Jahren wurde der Europäische Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ins Leben gerufen. In diesem Jahr steht der jährliche Aktionstag am 5. Mai unter dem Motto: „Tempo machen für Inklusion - barrierefrei zum Ziel!“

[Hier](#) finden sie meine Pressemitteilung zum Aktionstag.

Praktikum im Herzen Europas - bewirb dich jetzt!

Wenn auch Du hinter die Kulissen des Europäischen Parlaments schauen willst und live miterleben möchtest, wie europäische Gesetze entstehen, dann bewirb dich bis zum **15. Mai** für ein bezahltes Praktikum bei der EVP-Fraktion.

Felix Beck, Student der Politikwissenschaft aus Bamberg, ist derzeit über ein EVP-Praktikum bei mir im Abgeordnetenbüro in Brüssel. Er kann es nur empfehlen: „In meiner Arbeit werfe ich ein Blick hinter die Kulissen und unterstütze meine Abgeordnete bei ihren Aufgaben. Nun sehe ich die praktische Seite der Theorie, die ich im Studium lerne.“

[Hier](#) findest du mehr Informationen zu den Stellenangeboten.

Marlene Mortler Meets - Meine Gesprächsreihe mit Abgeordnetenkolleginnen und Kollegen

Wie sind deutschsprachige Mitglieder des Europaparlaments aus anderen Ländern eigentlich in das EU-Parlament gekommen? Wofür setzen sie sich ein? Und warum sprechen sie so gut deutsch?

Über diese Themen spreche ich mit Kolleginnen und Kollegen in meiner Videoreihe „Marlene Mortler Meets“. Wir möchten damit die Verbundenheit der Personen, die ihre Regionen vertreten, demonstrieren und Politikerinnen und Politiker näher an die Wählerschaft bringen. Dabei wird es auch persönlich: von Kindern bis hin zu Sternzeichen geben meine Gesprächspartnerinnen und -partner Einblicke in ihre Arbeit und ihr Leben.

Die **neueste Folge mit meinem Kollegen Riho Terras aus Estland**, sowie alle anderen Folgen zu „Marlene Mortler Meets“ finden Sie auf meiner [Website](#) unter der Rubrik „Im Gespräch“.

Lesenswert

Europa-News für Kommunen

Kennen Sie die EU-Kommunal?

Hier gibt es Nachrichten speziell für unsere Kommunen aus und für Europa. Die aktuelle Ausgabe lesen Sie [hier](#).

Aus Sicht der Hanns Seidel Stiftung: Brüsseler Notizen

Die Hanns Seidel Stiftung in Brüssel veröffentlicht mehrmals im Jahr ihren Newsletter „Brüsseler Notizen“ mit Beiträgen aus ihrer Sicht zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik in der EU.

Ukraine: Solidarität und Sanktionen

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Außenbeauftragte Josep Borrell reisten am 8. April 2022 nach Butscha und Kiew, um ihre Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Von der Leyen betonte, dass Europa an der Seite der Ukraine stehe. EU-Ratspräsident Charles Michel versprach der ukrainischen Bevölkerung während seines Besuchs in Kiew am 20. April 2022, die humanitäre, finanzielle und militärische Unterstützung der EU fortzusetzen.

Am 8. April 2022 verhängte Brüssel ein fünftes Sanktionspaket, welches unter anderem ein Einfuhrverbot für Kohle aus Russland, die Schließung von EU-Häfen für russische Schiffe sowie ein Einreiseverbot in die EU für russische und belarussische Kraftverkehrsunternehmen vorsieht. Die EU-Führungsspitzen beschlossen während des EU-Außenministertreffens am 11. April 2022, die ukrainischen Streitkräfte mit zusätzlichen € 500 Mio. zu unterstützen und damit die Mittel im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität auf insgesamt € 1,5 Mrd. aufzustocken.

Vor dem Hintergrund des Flüchtlingsstroms aus der Ukraine in die Nachbarländer sicherte die EU Moldau am 5. April 2022 weitere € 53 Mio. zu. Ferner leistet Brüssel operative Unterstützung beispielsweise durch die Lieferung von Zelten.

EU-Außenministertreffen: Global Gateway und Aussetzung der Ausbildungsmissionen in Mali

Am 11. April 2022 kam der Rat für „Auswärtige Angelegenheiten“ zusammen, um sich neben der Aggression Russlands gegen die Ukraine - mit der Strategie „Global Gateway“ sowie weiteren laufenden Angelegenheiten zu befassen.

Für die MinisterInnen ist „Global Gateway“ nicht zuletzt auch durch die aus dem Krieg in der Ukraine resultierende Ernährungsunsicherheit von wichtiger und strategischer Bedeutung. Sie gaben hier Leitlinien vor, wie man mit der Initiative einen geopolitischen und globalen Ansatz für Konnektivität verfolgen könnte. Zudem beriet man über Führungsstruktur und Kommunikation bei der Strategie, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit der EU mit Gleichgesinnten zu fördern.

Des Weiteren wurden neben der verschärften Sicherheitslage im Westbalkan oder der institutionellen Krise in Libyen die Situation in Mali erörtert. Hier setzte die EU ihre Ausbildungsmissionen nach einem Putsch im Februar aus. Die mangelnden Fortschritte beim Übergangsprozess, die Präsenz von Kampftruppen mit Verbindungen zu Russland und die

zunehmenden Berichte über Menschenrechtsverletzungen durch malische Streitkräfte machten eine Neubewertung der EU-Präsenz erforderlich.

Von der Leyen in Indien

Am 24. und 25. April 2022 kam EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit dem indischen Präsidenten, Ram Nath Kovind, und dem indischen Premierminister, Narendra Modi, in Neu-Delhi zusammen. Konkret wurde die Wiederaufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen und die Gründung eines Handels- und Technologierats beschlossen, um die EU-Indien Beziehungen in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Technologie zu intensivieren.

Von der Leyen sprach sich außerdem dafür aus, die Zusammenarbeit bei Solarenergie und grünem Wasserstoff voranzubringen. Ferner thematisierte sie die Auswirkungen der russischen Aggression gegen die Ukraine auf die indopazifische Region und die Welt.

Ernährungskrise: EU-Unterstützung der Sahelzone und Tschadseeregion

Die EU kündigte am 6. April 2022 die Unterstützung von Partnerländern in der Sahelzone und der Tschadseeregion in Afrika in Höhe von € 554 Mio. in 2022 sowie weitere € 340 Mio. bis 2024 zur Verbesserung der Ernährungssicherheit und Bewältigung der wiederkehrenden Nahrungsmittel- bzw. Ernährungskrise an. Im Mittelpunkt steht neben Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen und einer nachhaltigen Gestaltung der Lebensmittelsysteme auch humanitäre Hilfe. Hierbei ist das Ziel, eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Die Notsituation in den betroffenen Ländern Burkina Faso, Kamerun, Tschad, Mali, Mauretanien, Niger und Nigeria griff die EU bei einem hochrangigen Treffen auf, das mit dem Sahel- und Westafrika-Club und dem Globalen Netzwerk gegen Ernährungskrisen stattfand.

Präsidenten- und Parlamentswahlen in Serbien: EU kritisiert ungleiche Bedingungen im Vorfeld

Der EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell, und EU-Erweiterungskommissar, Olivér Várhelyi, begrüßten in einer gemeinsamen Erklärung vom 5. April 2022 die Beteiligung aller politischen Kräfte an den serbischen Präsidenten- und Parlamentswahlen am 3. April 2022. Allerdings kritisierten sie auf Basis einer vorläufigen Einschätzung internationaler OSZE-Beobachter ungleiche Bedingungen im Vorfeld der Wahlen, welche die Amtsinhaber begünstigten.

Ein konstruktiver, parteiübergreifender Dialog über das gesamte politische Spektrum hinweg sei für Serbiens Fortschritte auf dem Weg in die EU von entscheidender Bedeutung. Mehr Anstrengungen seien im Bereich von Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit, der Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität sowie hinsichtlich der Normalisierung der Beziehungen zum Kosovo erforderlich. Auch in Bezug auf Russlands Aggression gegen die Ukraine forderten Borrell und Várhelyi eine schrittweise Angleichung an EU-Positionen ein.

Charles Michel trifft den Präsidenten der Republik Aserbaidschans und den Premierminister der Republik Armenien

Am 6. April 2022 traf sich EU-Ratspräsident Charles Michel mit dem Präsidenten der Republik Aserbaidschans, Ilham Aliyev, und dem Ministerpräsidenten der Republik Armenien, Nikol Pashinyan, in Brüssel, um sich über die Lage im Südkaukasus sowie die EU-Beziehungen zu den beiden Ländern auszutauschen. Michel unterstrich die Entschlossenheit der EU,

zur Überwindung von Spannungen in der Region beizutragen sowie die Minenräumungsmaßnahmen, vertrauensbildende Maßnahmen und die Schaffung von Konnektivitätsverbindungen zu unterstützen.

Terrorismusbekämpfung: Stärkung der EU-VN-Partnerschaft und Engagement

Am 8. April 2022 fand die vierte Sitzung des Leaders' Dialogue zur Terrorismusbekämpfung der EU und der Vereinten Nationen statt. Die strategische EU-VN-Partnerschaft widmet sich der Bekämpfung des Terrorismus als Bedrohung des internationalen Friedens und Sicherheit. Das Treffen stellte aktuelle Terrorismusentwicklungen in Zentralasien, dem Nahen Osten, Westafrika und der Sahelzone fest. Ferner finanziert die EU ein neues Reaktionsinstrument „EU-UN Global Terrorism Threats Facility“, das Hilfsmaßnahmen, Schulungen und Beratung für von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus heimgesuchten Empfängerländern im Rahmen des „UN Global Counter-Terrorism Compact“ beinhaltet. Die Initiative wird im Büro der Vereinten Nationen für Terrorismusbekämpfung (UNOCT) verankert.

Paritätische Parlamentarische Versammlung EU-AKP: Intensiver Austausch ohne gemeinsame Erklärung

Von 1. bis 3. April 2022 fand in Straßburg die 41. Tagung der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung EU-AKP statt. Dabei diskutierten Europaabgeordnete und Parlamentarier aus 78 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten über die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine, Ernährungssicherheit, die Pandemie, den Klimawandel sowie eine baldige Unterzeichnung des Post-Cotonou-Abkommens (zwischen der EU und den AKP-Staaten), welches drei regionale Versammlungen vorsieht.

Die Versammlung nahm eine Resolution zur Unterstützung kleiner Inselstaaten im Kontext des Klimawandels und von Naturkatastrophen an. Allerdings kam es weder zu einer gemeinsamen Erklärung der Ko-Vorsitzenden noch zu einer Resolution bezüglich der Sicherheitsbedrohungen in der Sahelzone und in Westafrika. Michael Gahler, MdEP, der als außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion an den Verhandlungen teilnahm, bedauerte das Ausbleiben einer klaren Positionierung und forderte eine deutlichere Haltung der AKP-Staaten gegenüber Russlands Krieg in der Ukraine.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Briver Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Felix Beck, Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.